



INFOBLATT

Informationen der SPD Pankow

Januar-März 2019 | Nummer 100



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

das neue Jahr hat gut für unsere Sozialdemokratische Partei begonnen. Wir bestimmen derzeit die Debatten, wie der Sozialstaat weiterentwickelt werden kann. Die Beschlüsse vom Wochenende, insbesondere die Grundrente und Kindergrundsicherung, weisen in die richtige Richtung. Wir müssen aber die Bekämpfung der Armut in Deutschland in die Diskussion einspeisen. Ein Beispiel aus Pankower Sicht: Wenn wir die steigenden Mietpreise aufgrund des zu knappen Wohnraums kritisieren, dürfen wir zu Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit nicht schweigen. Das gleiche gilt für wirtschaftlich verursachte Erwerbstätigkeit von Kindern und jüngeren Jugendlichen.

Der letzte Landesparteitag hat einige wegweisende Beschlüsse zur Verbesserung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in landeseigenen Unternehmen gefasst. Darüber hinaus haben die Delegierten dort auf Pankower Initiative hin beschlossen, dass sich der Landesvorstand mit der Situation der Arbeitnehmer*innen und ihrer Angehörigen insgesamt in Berlin beschäftigen muss. Ziel ist, deren Lage insgesamt in Berlin zu verbes-

sern. Dabei sollen Gewerkschaften, die anderen sozialdemokratischen Organisationen sowie die soziale Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger*innen eingebunden werden.

Vor uns liegen die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP). Der Kreisvorstand hat bereits frühzeitig eine Kommission aus Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften gebildet, um den Wahlkampf zu planen und durchzuführen. Bitte beteiligt Euch am EP-Wahlkampf – mit Eurem praktischen Einsatz und/oder mit Spenden zum Wahlkampf! Wir haben mit Gabby Bischoff als Gewerkschafterin auf EU-Ebene eine gute Kandidatin für das EP – ein glaubwürdiges Personalangebot für die Vielen in Pankow, nicht die Wenigen.

Lasst uns gemeinsam um Glaubwürdigkeit und Zustimmung bei unseren Mitbürger*innen kämpfen! Macht mit!

FREUNDSCHAFT

Euer Knut Lambertin

Inhalt

Grußwort des Kreisvorsitzenden	S. 1
100 Jahre Frauenwahlrecht	S. 2
Vergessene Heldinnen: Elise Panzeram	S. 3
Interview mit T. Falaknaz und S. Wölk	S. 4-6
KDV am 23. Februar	S. 6
Einkommen erhöhen und Entlastung	S. 7
Klausurtagung der SPD-Fraktion Berlin	S. 8
Europawahlkampf, Spendenaufruf	S. 9
Betriebsratsgarantie für die Luftfahrt	S. 10
Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit	S. 10
Innerparteiliche Bildung	S. 10
S. Scheeres: Schule weiterentwickeln	S. 11
Impressum	S. 11

SPD Pankow erinnert an und feiert 100 Jahre Frauenwahlrecht

„Schwach sind wir, solange wir nicht zusammenhalten. Aber wir sind stark, wenn wir vereint vorwärtsgehen, von einem Gedanken be-seelt der da ist: Höherer Lohn für weibliche Arbeit“ (Flugblatt an die Arbeiterinnen von Berlin 1885)



Am 19.01.1919 durften Frauen in Deutschland das erste Mal wählen und selbst gewählt werden. 37 Frauen wurden in die Nationalversammlung gewählt. Die damalige Wahlbeteiligung bei den Frauen lag bei 82 Prozent. Dieses historische Ereignis war uns ein willkommener Anlass, um auf den Tag genau 100 Jahre später, Pankower Frauen und Männer zu einer Festveranstaltung einzuladen.

Es referierte am Nachmittag Rebecca Beerheide (Herausgeberin des Buches 100 Jahre Frauenwahlrecht) über die wahlpolitische Situation damals und heute. Bei der Betrachtung des heutigen Wahlverhaltens der Frauen, ist auch sie zu dem Schluss gekommen, dass wir in der heutigen Zeit an zielgruppenorientierten Wahlkämpfen nicht mehr vorbeikommen. Diese führte zu einer munteren und kritischen Diskussion von Frauenpolitik über Familienpolitik zu Finanzpolitik der rund 70 Anwesenden.

Nach einer kurzen Pause stellte Markus Roick, Autor der Broschüre „Für Elise“, 14 Kämpferinnen für Frauenrechte aus Berlin Pankow

vor. Die Erinnerungen an Ella Kay, Namensgeberin unseres Pankower SPD Ehrenamtspreises, Gertrut Hanna, nach der das SPD Kreisbüro Pankow kürzlich benannt wurde, Agnes Wabnitz, Emma Ihrer, nach ihr wird im Frühling der Ratssaal des Rathauses Pankow benannt, Ida Altmann-Bronn, Elise Panzeram und an viele andere dürfen nicht in Vergessenheit geraten, denn sie haben für uns den Grundstein für unsere moderne SPD-Politik gelegt. Aus ihrer Arbeit und ihrem Leben ziehen wir heute unsere Kraft, weiter in ihrem Sinne zu kämpfen. Diese mutigen Genossinnen, die nicht mehr unter uns sind, besaßen Haltung, kämpften unter widrigen Umständen für Frauenrechte und eine gerechtere Gesellschaft. An dieser starken Haltung sollte sich die SPD auch heute ein Beispiel nehmen. Wenn es um die immer noch bestehende Lohnlücke zwischen Frauen- und Männergehältern geht oder im Kampf gegen den aufkommenden Rechtspopulismus.



Im Anschluss gab es die Gelegenheit, bei einer heiteren und kämpferischen Zusammenkunft sich unter anderem mit Pankows Gleichstellungsbeauftragter Heike Gerstenberger auszutauschen, alte Verbindungen aufzufrischen und neue entstehen zu lassen.

Ulrike Rosensky, ASF-Vorsitzende in Pankow

Vergessene Heldinnen

„E.P. war Mitglied im Berliner Frauenbildungsverein von 1899 und seit 1905 eine der Vertrauenspersonen Berlins“, lautet die kurze biographische Notiz im Buch „Emanzipation zwischen Sozialismus und Feminismus“ über Elise Panzeram. Und bei aller Kürze ist sogar eine der beiden Jahreszahlen falsch.

Ungewöhnlich ist das nicht. Geschichtsschreibung ist nicht ein Prozess des Erinnerns, sondern des Vergessens. Es sind meist Frauen, die schneller vergessen werden. Das hat auch objektive Gründe. Frauen war der Weg in einflussreiche Positionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft versperrt – und man findet einfach mehr Spuren über einen Stadtrat als über das Mitglied einer ehrenamtlichen Armen-Kommission. Das ist aber nicht der einzige Grund. Auch wenn Frauen Erinnerungswürdiges geleistet haben, sind ihre Geschichten oft nicht erzählt worden. Wie sonst ist zu erklären, dass Agnes Wabnitz, eine Wanderpredigerin der SPD, zu deren Beerdigung 1894 über 40.000 Menschen pilgerten, heute eine vergessene „unvergessene Genossin“ ist?

Dabei hat man viel zu gewinnen, wenn man sich von der männlichen Perspektive löst. Wer wissen will, wie die Menschen im Kaiserreich lebten – nicht die Könige und Prinzessinnen, sondern die ganz große Masse der Menschen – der muss die Geschichte der Frauen studieren. Es sind Geschichten von Hunger, Armut und von Ausbeutung, aber auch von Selbstermächtigung, Mut und Ausdauer, von Heroismus.



So wie bei Elise Panzeram, die in der Geschichte der Frauenbewegung keine hundert Zeichen bekommen hat. Geboren wurde sie 1866, zur SPD und der Gewerkschaftsbewegung stieß sie bereits in der Zeit des Sozialistengesetzes (1878-1890). Ihre Politisierung ist eng verwoben mit den Arbeitsbedingungen in der Konfektionsindustrie. Die war zwar im Berlin des Kaiserreichs ein riesiger Produktionszweig. Wenn man damals ein Hemd trug, war es mit mehr als 70%iger Wahrscheinlichkeit aus Berlin. Hergestellt wurden diese Waren aber unter unglaublichem Elend – in Heimarbeit, mit Arbeitszeiten von 14 bis 15 Stunden täglich bis auf Sonntag und einem Wochenlohn von oft nicht mal sechs Mark. Zum Überleben brauchte eine Frau in Berlin in der Zeit zehn Mark in der Woche.

Das Elend führte 1896 zum großen Konfektionsarbeiter*innen-Streik, an dem sich alleine 17.000 Frauen beteiligten, darunter auch Elise. Sie war wichtig genug, um „gemaßregelt“ zu werden. Das Ergebnis des Streiks war aber eher entmutigend, viel verbessert hatte sich nicht. Elise ließ sich jedoch nicht entmutigen – im Gegenteil. Wo immer möglich kämpfte sie in der Folgezeit für die Rechte der Arbeiterinnen. Als Vorsitzende eines Frauenvereins (Frauen durften nicht Mitglied einer Partei sein), ab 1903 als Vertrauensperson für die Berliner SPD und damit Ansprechpartnerin für Arbeiterinnen in ihrer Not. Als Delegierte nahm sie 1902 am Reichsparteitag der SPD in München teil – vermutlich als erste Frau aus dem heutigen Pankow überhaupt.

Es gibt mehr als einen guten Grund, an Elise zu erinnern. Es gibt noch viele Frauen wiederzuentdecken und ihre Geschichten zu erzählen, damit vergessenen Heldinnen Gerechtigkeit widerfährt.

Markus Roick und Kathrin Kammermeier

Interview mit Tannaz Falaknaz und Stephanie Wölk



Ihr seid seit Oktober 2016 Mitglied der Pankower Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Was hat euch damals dazu bewogen, zu kandidieren und euch in der Kommunalpolitik zu engagieren?

Tannaz Falaknaz (TF): Ich glaub, es war vor allem der Wunsch, den Bezirk, in dem man lebt, so aktiv mitgestalten zu können und noch sozialer und gerechter zu machen. Und wenn man als junge Frau die Chance dazu hat, ist man doch gleich doppelt motiviert.

Stephanie Wölk (SW): Ich kann mich dem, was Tannaz gesagt hat, voll und ganz anschließen. Aus persönlicher Erfahrung war und ist es mir zudem ein besonderes Anliegen mich für den Erhalt sozialer und kultureller Infrastruktur vor Ort einzusetzen, da sie ein wesentlicher Bestandteil sozialer Daseinsvorsorge ist. Aufgewachsen in einer ehemaligen Zechenstadt im Ruhrgebiet habe ich in meiner Kindheit und Jugend zahlreiche Schließungen sozio-kultureller Einrichtungen miterlebt. Alternative Angebote, wenn es sie denn noch gab, waren entweder weiter weg oder mitunter teurer. Die Folge war, dass die soziale und kulturelle Teilhabe der Menschen eingeschränkt wurde und Orte des Miteinanders verloren gingen.

Könnt ihr kurz die Aufgaben und Bereiche beschreiben, für die ihr in der BVV und der SPD-Fraktion zuständig seid? In welchen Ausschüssen arbeitet ihr?

SW: Es war mein Wunsch für die SPD im Ausschuss für Weiterbildung, Kultur und Städtepartnerschaften mitzuarbeiten. Die Mitarbeit im Ausschuss gestaltet sich schon aufgrund des breiten Themenspektrums als sehr vielfältig. In den kommenden Jahren wird ein Schwerpunkt sein, die Spuren der Konsolidierungsphase zu beheben und die Angebote der Bibliotheken, Musikschule und Volkshochschule an die Bedarfe der Pankower*innen anzupassen. Als kulturpolitische Sprecherin der Fraktion berichte ich euch auch gerne persönlich über die Arbeit im Ausschuss. Auch Fragen, Anregungen oder Kritik von euch sind sehr erwünscht. Zudem bin ich Mitglied im Ausschuss für Rechnungsprüfung und Controlling. In dieser Funktion ist es meine Aufgabe zu prüfen, ob die Verwaltung die Ausgaben im Bereich Kultur und Weiterbildung entsprechend den haushaltpolitischen Beschlüssen der BVV getätigt hat. Meine Aufgaben in den beiden Ausschüssen ergänzen sich auf diese Weise sehr gut und geben einen guten Einblick in die Finanzen des Bezirks.

TF: Und ich bin gleichstellungs- und queerpolitische Sprecherin der Fraktion. Dementsprechend bin ich in dem Ausschuss Gleichstellung, Gender-Mainstreaming, Bürgerbeteiligung und Verwaltungsmodernisierung vertreten. Ja, das ist tatsächlich nur ein Ausschuss. Zudem bin ich noch Mitglied im Kinder- und Jugendhilfeausschuss. Die eigentliche Arbeit findet aber neben den Fraktions-, Ausschuss- und BVV-Sitzungen statt, nämlich dann, wenn es darum geht, mit Bürger*innen Trägern und Vereinen ins Gespräch zu kommen und Anträge zu schreiben.

Was konnte bisher in diesen Bereichen erreicht werden? Seid ihr mit der Arbeit zufrieden?

Stephanie Wölk: Als Sozialdemokrat*innen ist es uns ein zentrales Anliegen prekären Beschäftigungsverhältnissen in bezirklichen Einrichtungen entgegenzuwirken. Nachdem auf Landesebene die Forderung zur Festanstellung von mindestens 20% aller Musikschullehrer*innen erfolgreich durchgesetzt werden konnte, hat die BVV Pankow auf Initiative der SPD-Fraktion einen Antrag beschlossen, demnach ernsthaft geprüft werden soll mindestens 20% der arbeitnehmerähnlich beschäftigten Volkshochschullehrkräfte bei dauerhaftem Tätigkeitsbedarf festanzustellen sowie eine Vertretung für Dozent*innen an der VHS Pankow einzurichten, um ihre Mitspracherechte zu stärken. Dies ist ein erster und wichtiger Erfolg auf bezirklicher Ebene. Nun gilt es die Forderung auf Landesebene zu etablieren. Dazu hoffen wir auf eure Unterstützung bei der kommenden KDV.

TF: Auch im Bereich Frauen- und Kinder und Jugendpolitik ist viel erreicht worden. Dank der rot-rote Initiative wird es ab dem Jahr 2020 auch erstmals einen Frauenpreis in Pankow geben und Pankow wird kinderfreundliche Kommune. Das sind große Errungenschaften. Sehr wichtig war auch unsere Solidarität als das Frauenzentrum Paula Panke von der AfD bedroht und angegriffen worden ist. Da war wirklich unsere gesamte Unterstützung gefragt, vom persönlichen Besuch bis hin zum Schreiben einer Resolution. In Pankow ist kein Platz für rechte Hetze und Frauenhass.

Gibt es Schnittstellen zwischen euren Ausschüssen? Würdet ihr euch eine verstärkte Zusammenarbeit wünschen?

TF: Ja, es gibt in der Tat viele spannende Schnittstellen. In der BVV wurde kürzlich erst

der Antrag Veranstaltungsreihe von Frauen für Frauen durchführen beschlossen. Ein Antrag, der sowohl Frauenpolitik als auch die Einbeziehung der VHS auch den Kulturbereich streift. Doch da gibt es sicherlich noch viele weitere Schnittstellen. Wir SPD-BVV-Frauen haben uns sowieso eine bessere Vernetzung untereinander vorgenommen. Und schließlich ist gerade die Frauenpolitik ein Querschnittsthema.

SW: Ja, definitiv. Ein gutes Beispiel dafür ist, denke ich auch unser Antrag „Gute Arbeit für Volkshochschuldozent*innen. Von guten Arbeitsbedingungen an den Volkshochschulen würden ja überwiegend Frauen profitieren. Zudem würde ich die Schaffung von Angeboten zur Kinderbetreuung an Volkshochschulen für Kursteilnehmer*innen für durchaus sinnvoll halten.

Ihr leitet als Vertreterinnen der Fraktion jeweils in einer Doppelspitze mit Vertretern der Pankower SPD auch zwei der vier gemeinsamen Arbeitskreise (AK) von Fraktion und SPD Pankow. Könntet ihr ein bisschen über die Arbeit der AKs berichten? Wer kann sich hier einbringen? Was konnte bisher durch die AKs erreicht werden?

SW: Den AK Kultur und Städtepartnerschaften leite ich gemeinsam mit Catrin Gocksch und Max E. Neumann. Alle diejenigen von euch, die Interesse an kultur- und weiterbildungspolitischen Themen haben, sind bei uns herzlich willkommen. Vorkenntnisse sind erwünscht, aber keine Voraussetzung zur Mitarbeit. Wir besuchen gemeinsam Einrichtungen, Vereine oder Unternehmen oder laden Referent*innen in den AK ein mit dem Ziel gute Anträge in die BVV, zur KDV oder zum LPT einzubringen. Von uns stammen u.a. die Anträge „Gute Arbeit für Volkshochschuldozent*innen“, „Bibliotheksgesetz für das Land Berlin“.

TF: Auch für unseren AK gilt natürlich: Alle, die

Interesse haben, sind herzlich willkommen, mitzuarbeiten. Gemeinsam mit Björn Steinborn leite ich den AK Bürger*innen-Beteiligung und Haushalt. Wir beschäftigen uns u.a. mit den Arbeitsbedingungen im Bezirksamt Pankow, der Digitalisierung der Bürgerämter, aber vor allem mit der Optimierung von Bürger*innen-Beteiligung. Besonders stolz sind wir darauf, dass der SPD Antrag Bürger*innen-Budget, den wir im AK gemeinsam geschrieben haben, in der BVV beschlossen worden ist. Demnächst ist eine gemeinsame Sitzung mit dem AK Stadtentwicklung geplant. Aber wo wir schon über Vernetzung sprachen, Stephi, auch unsere beiden AKs sollten mal gemeinsam zusammenkommen.

Was kann die Bezirksebene nicht alleine erreichen und wo würdet ihr euch verstärkte Unterstützung von der Landesebene wünschen?

SW: Neben den Verwaltungsämtern zählen die Bibliotheken, die Musikschulen und die Volkshochschulen zu den bezirklichen Einrichtungen, die am häufigsten von Bürger*innen frequentiert werden, damit kommt ihnen ein erhebliches Maß an Außenwirkung zu. Die Spuren des Konsolidierungsdruckes zeichnen sich an Pankows Bibliotheken, Musikschule und Volkshochschule deutlich ab: sanierungsbedürftige Gebäude, stark veraltetes Inventar, langsames Internet. Die noch verbliebenen Mitarbeiter*innen und Honorarkräfte leisten unter den gegebenen Bedingungen hervorragende und engagierte Arbeit, etwa bei der Leseförderung von Kita- und Schulkindern, beim Spracherwerb von Geflüchteten, oder bei der beruflichen Weiterbildung von Arbeitnehmer*innen. Was wir in den Bezirken daher dringend brauchen, ist eine aufgabengerechte Finanzausstattung!

TF: Naja, dass die Bezirke mehr Geld brauchen, ist kein Geheimnis mehr, oder? Mir fehlt

gerade im Bereich der Verwaltungsmodernisierung und der Digitalisierung auf, dass uns einfach im Bezirk teilweise die Hände gebunden sind. Vieles ist ohne die Landesebene nicht möglich. Aber das Vorhaben von Staatssekretärin Sabine Smentek gerade im Bereich von E-Government und Online-Services hört sich sehr vielversprechend an. Am Beispiel der Verwaltungsmodernisierung wird deutlich, als SPD ziehen wir letztendlich alle am gleichen Strang. Wir sind immer dann am erfolgreichsten, wenn wir zusammen arbeiten.

Kreisdelegiertenversammlung (KDV) am 23. Februar 2019

Am 23.02.2019 findet ab 10 Uhr die dritte KDV der SPD Pankow in der Wahlperiode 2018-2020 im BVV-Saal in der Fröbelstraße 17 statt.

Neben zahlreichen Anträgen aus den Gliederungen bilden drei Anträge des Kreisvorstandes zur weiteren (organisatorischen) Neuaufstellung, die dieser auf der Grundlage seiner Klausurtagung im November des letzten Jahres erarbeitet hat, sowie die vom Arbeitskreis Rechtsextremismus vorgelegten „Thesen zur Ausrichtung der SPD“ einen Schwerpunkt.

Die KDV wird außerdem Berichte zum Europawahlkampf der SPD Pankow sowie zu dem Anfang April in Sevilla stattfindenden Austausch zwischen der Parti socialiste (PS) des 11. Arrondissements von Paris, der Partido Socialista Obrero Español (PSOE) Sevilla Triana-Los Remedios und der SPD Pankow hören. Ferner diskutiert die Pankower SPD gemeinsam mit Markus Hofmann, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR), das neue Bundesteilhabegesetz und seine Auswirkungen auf den Bezirk Pankow.

Das Antragsbuch gibt es hier zum Download: https://www.spd-pankow.de/dl/Antragsbuch_3_KDV_Pankow.pdf

Einkommen erhöhen und Berliner*innen entlasten

Wirtschaftlich geht es Deutschland seit Jahren hervorragend. Doch tatsächlich sinkt das real verfügbare Einkommen für viele Menschen nach den unabwiesbaren steigenden Lebenshaltungskosten, zum Beispiel durch hohe Mieten insbesondere in Großstädten. Die schleichende Umverteilung von „unten nach oben“ muss Sozialdemokrat*innen sauer aufstoßen, zumal sich Berlin dank unserer Politik wirtschaftlich gut entwickelt hat. Wir erwirtschaften hohe Haushaltsüberschüsse, zuletzt über zwei Milliarden Euro. Wir wollen, dass in dieser Situation bei den Berlinerinnen und Berlinern mehr Geld ankommt und wir wollen ihnen gleichzeitig die Sorgen vor unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und vor Altersarmut nehmen. Durch verstärkten Binnenkonsum und Steuermehreinnahmen wird Berlin davon zugleich profitieren.

Aus diesen Überlegungen heraus hat die Abteilung Alt-Pankow im vorigen Jahr den Antrag „Strategische Entscheidung für mehr Gerechtigkeit. Einkommen erhöhen und Berlinerinnen und Berliner entlasten“ auf den Weg gebracht. Viele Abteilungen in Pankow und der Berliner SPD haben den Antrag diskutiert und unterstützt. Auf dem Landespartei-tag im vorigen November wurde der Antrag mit überwältigender Mehrheit beschlossen.

Die SPD Berlin fordert damit folgende Maßnahmen:

- die Erhöhung des Mindestlohns auf ein altersarmutsfestes Niveau
- die konsequente Entfristung von Beschäftigungsverhältnissen
- eine deutliche Verbesserung der Einkommen für die Tarifbeschäftigten und Berliner Beamt*innen
- strukturelle Verbesserungen bei der

- Eingruppierung unserer Beschäftigten
- die Vereinheitlichung des Besoldungs- und Entgeltsystems und -niveaus innerhalb Berlins
- die Gleichbezahlung von Frau und Mann
- die vollständige Tarifbindung aller Landesunternehmen und Beteiligungen
- den Ausschluss weiterer Auslagerungen öffentlicher Aufgaben
- die Fortsetzung des Weges gebührenfreier Bildung
- die Prüfung weiterer Entlastungsmöglichkeiten

Das summiert sich nach Umsetzung bei einer vierköpfigen Familie, z.B. einem verheirateten Paar im eher unteren bis mittlerem Einkommensbereich und zwei Kindern im Grundschulalter, auf eine Entlastung von bis zu ca. 7.000 Euro pro Jahr.

Beim Beschluss des Landesparteitags ist es nicht geblieben. Schon in den Nachtragshaushaltsverhandlungen konnte die SPD-Abgeordnetenhausfraktion zum nächsten Schuljahr den Elternbeitrag für das Schulesen der Klassenstufen 1-6 abschaffen und das kostenlose Schüler*innen-Ticket einführen. Eine durchschnittliche Familie mit zwei schulpflichtigen Kindern wird damit im ersten Schritt um mehr als 1.200 Euro im Jahr entlastet.

Die landeseigenen Unternehmen Charité und Vivantes erhalten hohe Investitionsmittel – verbunden mit der politischen Erwartung hinsichtlich der Beschäftigtenrechte (Rücknahme von Ausgliederungen, Verzicht auf sachgrundlose Befristungen, Tarifstruktur auf jeweils branchenüblichem Niveau inklusive einer Gleichbezahlung aller Beschäftigten für gleiche Arbeit in allen Konzernteilen).

Mitte Januar wurde bei der Klausurtagung der SPD-Abgeordnetenhausfraktion die Alt-

Pankower Linie bestätigt. Die SPD-Fraktion beschloss u. a. folgende Positionen, die nun von Rot-Rot-Grün umgesetzt werden müssen:

- ein (alters-) armutsfester Mindestlohn von 11,30 Euro (ab diesem Jahr) bzw. über 13 Euro (ab 2021)
- eine 150-Euro-Zulage je Vollzeitstelle für den Berliner öffentlichen Dienst
- der Ausschluss tarifloser Beschäftigung und sachgrundloser Befristungen in Landesunternehmen
- das Ziel der besseren Eingruppierung der unteren Vergütungs- und Besoldungsgruppen sowie in den Bereichen Kita, Jugendhilfe und Pflege und bei sonstigem pädagogischem Personal
- die Prüfung eines Tariftreuegesetzes für das Land Berlin

Philipp Kramp, Vorsitzender der SPD Alt-Pankow

Torsten Schneider, stellv. Vorsitzender der SPD Alt-Pankow, Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher sowie Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Abgeordnetenhausfraktion

Ergebnisse der Klausurtagung der Abgeordnetenhausfraktion

Vom 18.-20. Januar fand in Rostock unsere jährliche Klausur in Rostock statt. Gleich mehrere Themen haben wir vertieft beraten – vom Fachkräftemangel in der Pflege, Fußgängerverkehr, Obdachlosigkeit, faire Bezahlung in landeseigenen Betrieben bis hin zu der Frage, wie man in Berlin ganz konkret die Demokratie stärken kann. Als Auftaktrednerin zu diesem Thema sprach Manuela Schwesig, die darauf hinwies, dass das eben keine abstrakte Debatte sei, sondern, dass es darum ginge, ganz konkret etwas zu tun.

In diesem Sinne haben wir uns in einer um-

fassenden Resolution zum Ziel gesetzt, das Wahlalter von 18 auf 16 Jahren zu senken und auch auf Berliner*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die lange in Berlin leben, auszuweiten. Zudem sprachen wir uns für die Möglichkeit aus, die Bevölkerung zu Themen gesamtstädtischer Bedeutung zu befragen. Die SPD-Fraktion unterstützt die Bestrebungen, ein sog. „Paritégesetz“ einzuführen, so dass künftig die Hälfte der Mandate von Frauen besetzt wird. Weitere Maßnahmen sehen wir in der besseren Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Schule und Kita, Ausbau der Landeszentrale für politische Bildung, Schaffung eines Fonds in Höhe von 10 Mio. Euro zur Unterstützung von Opfern politisch-extremistisch motivierter Gewalt und der Stärkung der Gedenkkultur, u.a. dadurch, dass alle Berliner Schüler*innen im Rahmen des Schulbesuchs die Möglichkeit erhalten sollen, eine Gedenkstätte zu den Verbrechen des Nationalsozialismus zu besuchen.

Die Ergebnisse zu allen Themen und die gesamte Resolution findet ihr hier zum Download: https://www.spdfraktion-berlin.de/system/files/gesamtresolution_spdfraktion_berlin_klausurtagung_2019.pdf

Clara West, MdA, stellv. Vorsitzende der SPD-Abgeordnetenhausfraktion

Wählerregistrierung zur Europawahl

In Berlin leben 450.000 Menschen mit einer EU-Staatsbürgerschaft jenseits der deutschen. Sie sind hier wahlberechtigt, sofern sie sich bis zum 5. Mai ins Wählerverzeichnis eintragen lassen. Der Antrag muss persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein und beim Bezirksamt im Original eingereicht werden. Weist Bekannte und Freunde darauf hin. Es geht um viel bei dieser Europawahl!

<http://bit.ly/2ldKTCw>

Auch wir in Pankow kämpfen für ein freiheitliches, demokratisches, soziales und ein geeintes Europa!

Die Wahlkämpfe der letzten Jahre stecken uns allen noch in den Knochen. Auch der Frust darüber, dass der große ehrenamtliche Einsatz keine guten Ergebnisse gebracht hat und wir jetzt eine Regierung haben, die viele von uns nicht wollten.

Doch dieser Europawahlkampf ist für uns eine große Chance! Anders als bei der Bundestagswahl machen wir jetzt einen Wahlkampf, wo es um unsere Themen und Positionen geht. Einen Wahlkampf, wo nicht nur im Vordergrund steht, wer Kanzler oder Kanzlerin werden kann. Die Europawahl ist ein anderes Szenario, nämlich ein Themenwahlkampf.

Wir wollen möglichst viele von unseren Themen und unseren Leuten im EU-Parlament haben, auch weil Europa dabei ist, populistisch und autoritär nach rechts abzudriften. In einigen Wochen wird Europa durch den Brexit einen schmerzhaften Verlust erleiden.

Auf Europa-Ebene haben wir als Partei - aber auch wir hier in Pankow - jetzt die Chance, die Unterschiede zu den anderen Parteien deutlich herauszuarbeiten, denn wir wissen sehr wohl, dass es diese Unterschiede gibt.

Ich habe große Lust auf diesen Wahlkampf gemeinsam mit euch allen, denn ich wünsche mir, dass Europa für alle ein Platz ist, an dem jeder Mensch so sein kann, wie er oder sie ist und jeder werden kann, was er oder sie will. Denn wir wissen, wie wichtig es ist, für ein freiheitliches, demokratisches, soziales und ein geeintes Europa zu kämpfen.

Wir werden zeigen, was Europa für uns hier in Pankow bedeutet. Gerade arbeiten wir an einer lokalen Kampagne, die das Große mit

dem Kleinen, mit dem Konkreten verbindet, eine die Gefühle weckt, aber auch eine, die verständlich und glaubwürdig ist. Ich sehe meine Aufgabe darin, dass unsere Kampagne hier in Pankow auch wirklich unsere Kampagne ist! Dass sie mit uns zu tun hat, dass möglichst viele unserer Ideen, Erfahrungen und Schwerpunkte darin vorkommen.

Lasst uns gemeinsam diesen Wahlkampf dazu nutzen, Europa und unsere SPD wieder stark zu machen.

Alfonso Pantisano, Beauftragter für den Europawahlkampf der SPD Pankow,

alfonso.pantisano@spd-pankow.de

Ein freiheitliches, demokratisches, soziales und ein geeintes Europa gibt es nicht für umsonst

Daher rufen wir euch weiterhin auf, zu spenden. Für unsere Arbeit vor Ort in Pankow. Für unseren EU-Wahlkampf. Und für unsere europolitischen Ziele.

Wir möchten uns als geschäftsführender Kreisvorstand bei allen bedanken, die bereits gespendet haben. Es ist bisher eine vierstellige Summe eingegangen. Vielen Dank.

Kontoverbindung:

SPD Kreis Pankow

Berliner Bank

IBAN: DE47 1007 0848 0698 1781 00

BIC: DEUTDEDB110

Dank dem Ehrenamt

Und wir möchten uns als gKV auch im Namen des gesamten Kreisvorstandes für die geleistete Parteiarbeit in Pankow und auf Landes- und Bundesebene bedanken. Nur gemeinsam sind wir stark. Unsere Parteiarbeit wird überwiegend ehrenamtlich geleistet. Daher bedanken wir uns umso ausdrücklicher bei euch allen. Eure Arbeit ist unbezahlbar.

Betriebsratsgarantie für die Luftfahrt – miesen Praktiken das Handwerk legen!

Der Bundestag hat im November 2018 beschlossen, dass künftig auch fliegendes Personal uneingeschränkt einen Betriebsrat gründen kann. Mit der Änderung des § 117 Betriebsverfassungsgesetz wird kein Unterschied mehr zwischen Boden- und Flugpersonal gemacht. Flugbegleiter*innen und Pilot*innen können auch ohne Tarifvertrag einen Betriebsrat gründen. Die Betriebsratsgarantie soll zum 1. Mai 2019 in Kraft treten. Für mich ist das ein erster großer Erfolg.

Der Tarifstreit zwischen der irischen Billigfluglinie und Gewerkschaften in mehreren Ländern Europas ist noch nicht beendet. Zwar konnten sich die Tarifparteien Ende 2018 auf Eckpunkte für einen Tarifvertrag einigen, die Details müssen noch verhandelt werden. Schlechte Arbeitsbedingungen und schlechte Bezahlung machten Schlagzeilen. Deshalb flog ich Anfang November 2018 als Patin der ver.di-Tarifkommission mit drei Flugbegleiter*innen von Ryanair nach Dublin, nachdem sie von der Firmenzentrale dorthin zitiert worden waren. Der Grund der Einladung war unklar. Alle drei hatten zuvor an Streikaktionen teilgenommen und fürchteten deshalb gekündigt zu werden. Womöglich aufgrund meiner Präsenz tröstete man die drei auf darauffolgende Tage. Eine Woche später erfuhr ich dann von ihren Kündigungen.

Die Hürden für mehr Mitbestimmung im Flugbetrieb werden ab dem 1. Mai 2019 endlich reduziert werden. Ein erster Schritt auf dem Weg zu besseren Arbeitsbedingungen bei Ryanair und in der gesamten Luftfahrtbranche. Doch der Schutz der Beschäftigten bei Betriebsratsgründungen muss noch weiter ausgebaut werden!

Cansel Kizeltepe, MdB

Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit

Auch in dieser Parteiwahlperiode hat die Pankower SPD einen Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit (AK Ö) ins Leben gerufen. Er soll Strategien für eine größere Reichweite und verstärkte Präsenz u. a. in der Presse und den (sozialen) Medien bzw. im Internet erarbeiten und umsetzen. In einem ersten Schritt hat der AK Ö vorgeschlagen, im Vorfeld des Europawahlkampfes die externe Pressearbeit des Kreisverbandes neu aufzustellen. Dazu gehört, strategische Fragen für den Bezirk Pankow sowie unsere Sozialdemokratische Partei über den Kreisverband hinaus verstärkt zu thematisieren, z.B. zur Reform des Sozialstaates. Ein Konzept für die externe Pressearbeit soll dem Kreisvorstand im März vorgelegt werden. Ein erstes Konzept für eine erneuerte Gesamtstrategie der Öffentlichkeitsarbeit des Kreises soll im Herbst vorliegen.

Innerparteiliche Bildung

2019 wird ein wichtiges Jahr für die SPD, sowohl bei den Wahlen, aber auch in der Erinnerungskultur. Um hier Planungen anzustellen und die Bildungsarbeit im Kreisverband voranzubringen, findet am 28.2. eine Sitzung der Bildungsbeauftragten der Abteilungen statt. Zur weiteren Umsetzung unseres Antrags „Vorwärts mit der Bildung in Pankow“ wird den Abteilungen weiterhin eine Excel-Liste zugestellt, in der sich sowohl interessierte Referent*innen als auch Unterstützer*innen für die Bildungsarbeit (aka „Bildungsarbeiter*innen“) eintragen können. Mit der daraus entstehenden für alle Abteilungen nutzbaren Datenbank werden wir eine bessere Vernetzung der in Pankower SPD organisierten Expert*innen erreichen und uns gegenseitig besser in der Bildungsarbeit unterstützen können.

Roman Kühn, Beisitzer im Kreisvorstand, Bildungsbeauftragter

Bildungssenatorin Sandra Scheeres: Schule weiterentwickeln und Lerner- gebnisse steigern

Unsere Bildungssenatorin Sandra Scheeres stellte am 23. Januar verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Lernerfolge in Berlins Schulen vor.

Damit kümmert sie sich auch um bessere Chancen für unsere Kinder und Jugendlichen und gibt ihnen mehr Möglichkeiten an die Hand.

Die insgesamt 39 Maßnahmen zur Steigerung der Schulqualität umfassen verschiedene Handlungsfelder: Stärkung des pädagogischen Personals, Stärkung der Sprachbildung Deutsch und mathematischer Kompetenz, Optimierung der Lehr- und Lernprozesse mit dem Fokus auf den Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule sowie verbindlicher Fortbildungs- und Selbstevaluationsverpflichtung.

Das lernförderliche Klima soll gesichert, die Beteiligungsorientierung durch Partizipation gestärkt und die Unterstützungssysteme auf Qualität und Verbindlichkeit ausgerichtet werden.

Sandra Scheeres betont: „Berliner Schulen engagieren sich täglich für ihre Schüler*innen. Und das machen sie teils unter schwierigen Bedingungen, zum Beispiel aufgrund unterschiedlicher Lernstandsvoraussetzungen, geringer Lernmotivation oder unterschiedlich ausgeprägter Unterstützung durch die Eltern. Trotz steigender Ressourcen stellen uns die Lernergebnisse nicht zufrieden. Umso wichtiger ist es, die Weiterentwicklung der Qualität schulischer Bildung in das Zentrum der Schul- und Unterrichtsentwicklung zu rücken. Eigenverantwortliche Schule heißt immer auch verbindliches Handeln.“

Bis Ende 2019 schließen die Schulaufsichten mit den Schulen Schulverträge ab, um ihre Schulentwicklung auf der Basis ihres Schulprogramms und ihrer datenbasierten Ergebnisse verbindlicher zu gestalten.

Aktuell arbeiten 5% Quereinsteigende als Lehrkräfte an Berliner Schulen. Das stellt die Schulen vor besondere Herausforderungen. Um eine bessere Verteilung der Quereinsteigenden zu gewährleisten, soll jede Schule Ausbildungsschule werden. Zusätzlich zum Qualitätspaket „Quereinstieg bei Lehrkräften in Berliner Schulen“ entwickelt die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Qualifizierungsmaßnahmen für die unbefristet eingestellten Seiteneinsteigenden.

Mit diesen Maßnahmen werden zutiefst sozialdemokratische Grundhaltungen und Ziele umgesetzt. Denn: Individuelle Förderung in der Schule, Sprachbildung und Stärkung der Partizipation der Schüler*innen stellen sozialdemokratische Forderungen dar.

Impressum

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD Pankow —
Kreisgeschäftsstelle „Gertrud Hanna“
Berliner Straße 30
13189 Berlin

Telefon: 030 962 09 660

E-Mail: kreis.pankow@spd.de

V.i.S.d.P.: Knut Lambertin, Kreisvorsitzender

Redaktion: Birte Darkow, Rolf Henning, Jens Peter Franke

Redaktionsschluss: 15. Februar 2019

<http://www.spd-pankow.de>

<https://www.facebook.com/SPD.Pankow>

Bildnachweise: Foto Knut Lambertin (S. 1) privat; Fotos S. 2 © Ulrike Rosensky, Foto Elise Panzeram (S. 3) gemeinfrei, Fotos Tannaz Falaknaz und Stephanie Wölk (S. 4) © Simone M. Neumann/SPD Pankow